



Bundesaußenminister (2018-2021)
Experte für Geopolitik

Heiko Maas war drei Jahrzehnte lang Politiker und hatte in dieser Zeit verschiedene Ministerämter inne – zuletzt das Amt des Bundesaußenministers. 2023 wagte der Sozialdemokrat den Neustart und verabschiedete sich aus der Politik.

Heiko Maas (*1966) studierte Rechtswissenschaft an der Universität des Saarlandes und legte 1996 am Landgericht Saarbrücken das Zweite Staatsexamen ab. Als Jurastudent wurde er 1989 Mitglied der SPD und galt bereits früh als politisches Talent. Von 1994 bis 1996 und erneut von 1999 bis 2013 war Heiko Maas Mitglied des saarländischen Landtages. Im Saarland war er außerdem Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes, Umweltminister – und damit der bis dato jüngste Landesminister Deutschlands – sowie Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Von 1999 bis 2012 war Heiko Maas außerdem Vorsitzender der SPD-Fraktion.

2013 wurde er Bundesjustizminister, wechselte damit in die Bundespolitik und stieß dort zahlreiche Projekte wie beispielsweise die Mietpreisbremse und die Musterfeststellungsklage an. Nach der Bundestagswahl 2018 übernahm er das Amt des Bundesaußenministers, das er bis 2021 innehatte. Nach der Bildung der Ampelregierung war Maas einfacher Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Saarlouis, bevor er sein Bundestagsmandat zum Jahreswechsel 2022/23 niederlegte.

Nach seinem Rückzug aus der Politik ist Heiko Maas seit Anfang 2023 als Rechtsanwalt tätig. Er ist Präsident des Verbandes der Saarlütten, Mitglied im Kuratorium der Montan-Stiftung Saar und seit November 2023 Präsident des Deutschen Polen-Institutes und löste damit Prof. Dr. Rita Süßmuth ab.

Themen (Auswahl):

- Die veränderte geopolitische Lage
- Das Projekt Europa und seine Zukunft
- Fake News und Hate Speech im Social Web – Was der Staat dagegen tun kann und muss

Veröffentlichungen (Auswahl):

- Aufstehen statt wegducken: Eine Strategie gegen Rechts (mit Michael Ebmeyer), 2017
- Furchtlose Juristen: Richter und Staatsanwälte gegen das NS-Unrecht, 2017